



Der Kreisausschuss

Az.: 51 460-10/FDL

Gießen, 22. April 2014

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises Gießen am 05. März 2014 Jugendwerkstatt Gießen

Es sind anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder:

Dirk Oßwald
Peter Pilger
Elisabeth Langwasser
Ursula Häuser
Maren Müller-Erichsen
Hiltrud Hofmann
Günther Semmler
Holger Claes
Ulrich Dorweiler
Astrid Dietmann-Quurck
Ernst Klingelhöfer
Willi Launsbach
Yvonne Follert

1. Kreisbeigeordneter
SPD
SPD
CDU
CDU
Bündnis 90/Die Grünen
FW
Diakonisches Werk
Caritasverband
Liga d. Wohlfahrtsverbände
DRK
AWO
Kreisjugendring

Beratende Mitglieder:

Hans-Jürgen Hoerder
Markus Horn
Barbara Pohl-Hondrich
Ulrike Eifler
Angelika Kämmler
Rolf-Martin Barth
Christine Rinn
Wolfgang Balser
Detlev Detering
Anne Mohr
Ludmilla Antonov
Claudia Warnat

Ev. Kirche
Kath. Kirche
Gesundheitsamt
DGB
Kreisfrauenbüro
AG § 78 SGB VIII – Komm. Jugendpflege
AG § 78 SGB VIII – Tagesbetreuung
AG § 78 SGB VIII – Jugendberufshilfe
AG § 78 SGB VIII – Hilfe zur Erziehung
AG § 78 SGB VIII – Mädchenarbeit
Kreisausländerbeirat
Jugendamtsleiterin

Gäste:

Simone Hackemann
Hans Happel
Iris Manthey
Mirjam Langbehn
Nadine Netz
Gabriele Arnold
Peter Heydt
Irmgard Alberecht
Hillary July

FDL 53
Stellv. Jugendamtsleiter
Fachcontrolling
Jugendhilfeplanung
Geschäftszimmer 51/53
Fachberatung Kindertagesbetreuung (zu TOP 3)
Verein f. Jugendfürsorge
Jobcenter Gießen
Pressestelle Landkreis GI

Entschuldigt:

Nadeschda Laudenschleger
Sven Stoffer
Rolf Bayer
Mandalena Fouladfar
Norbert Schneider
Bernhard Ortmann
Antje Suppmann
Manfred Purr

SPD
Bündnis 90/Die Grünen
Staatl. Schulamt
Amtsgericht
Arbeitsamt
Landessportbund
Polizeipräsidium
AG § 78 SGB VIII – Jungenarbeit

1. Eröffnung und Begrüßung

Herr Oßwald eröffnet die Sitzung um 16:06 Uhr und begrüßt die

anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Im Namen des Ausschusses bedankt er sich bei Herrn Balser für die Ausrichtung der Jugendhilfeausschusssitzung sowie die Bewirtung. Herr Oßwald stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Oßwald verweist für die Tagesordnungspunkte 6 und 7 darauf, dass jeweils eine Tischvorlage verteilt worden ist.

Herr Balser begrüßt ebenfalls die Anwesenden und berichtet kurz über verschiedene Tätigkeiten der Jugendwerkstatt.

2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 11. Dezember 2013
--

Das Protokoll wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

3. Strukturqualität in Kindertageseinrichtungen – Standards zur Erteilung der Rahmenbetriebserlaubnis
--

Herr Oßwald heißt Frau Arnold zu TOP 3 willkommen.

Die beiden Ausarbeitungen zum Thema sind bereits im Vorfeld mit der Einladung versandt worden. Frau Arnold erläutert anhand der Unterlagen die Situation der seit 01. Januar 2014 stattfindenden Veränderungen durch die Rahmen- und Betriebserlaubnis nach dem HessKiFöG.

Frau Müller-Erichsen fragt nach, ob in den einzelnen Einrichtungen darauf geachtet wird, dass auch Kinder mit Behinderungen mit eingebunden werden.

Für diesen Bereich würde es noch keine neue Vereinbarung geben und es wird noch nach den alten Vorgaben der Rahmenvereinbarung Integration gearbeitet. Aber man würde darauf in den Einrichtungen achten.

Herr Hoerder fragt, wie die Begehungen in den einzelnen Einrichtungen stattfinden.

Frau Arnold antwortet darauf, dass es wichtig sei, dass bei jeder Begehung der/die Bürgermeister/in anwesend sei und ein/e Kollege/in der Abteilung Bauen der einzelnen Kommunen.

In Lollar hätte man schon alle Einrichtungen besucht. In Heuchelheim, Buseck, Grünberg, Linden, Laubach, Wettenberg und Biebertal hätte schon Begehungen in einzelnen Einrichtungen stattgefunden.

Herr Pilger fragt, ob bei den Begehungen der Einrichtungen der Freien Träger und Kirchen die Bürgermeister anwesend seien.

Dies wäre auch der Fall, gemeinsam mit einer verantwortlichen Person des Trägers

Frau Kämmler fragt, wie es bei den Standards für die Waldkindergärten sei.

Frau Arnold teilt mit, dass für die Waldkindergärten eigene Standards erarbeitet wurden, da einige der allgemein üblichen dort nicht umsetzbar seien.

Nach angeregter Diskussion nehmen die Mitglieder den Bericht und die Qualitätsstandards einstimmig zur Kenntnis.

4. Nachwahlen für die Fachausschüsse des Jugendhilfeausschusses
--

Dem Vorschlag, das bisherige Mitglied des Kreisjugendrings in dem Fachausschuss Jugendförderung, Sandra Sacher, durch Moritz Engert zu

ersetzen, wird einstimmig zugestimmt.

Dem Vorschlag, die bislang nicht besetzte Stelle des/der Vertreter/in – für das jetzige Mitglied Moritz Engert – für den Kreisjugendrings in dem Fachausschuss Jugendförderung, mit Katharina Fey zu besetzen, wird einstimmig zugestimmt.

Dem Vorschlag, die Vertretung des Mitglieds Corinna Schmidt für den Kreisjugendring im Fachausschuss Jugendförderung durch Michael Schwesinger zu besetzen, wird einstimmig zugestimmt.

5. Berichte aus den Fachausschüssen

5.1. a) Fachausschuss Jugendhilfeplanung und -entwicklung

Frau Hofmann berichtet über die Sitzung am 13. Februar 2014.

Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Gießen im Bereich der Abgabe von Teilbereichen der Öffentlichkeitsarbeit, Akquise, Fortbildungen für Pflegestellen: Das beschlossene Verfahren der Ausschreibung über das Zentrale Vergabemanagement des Landkreises Gießen zeigte sich in der Umsetzung als langwierig. Die Ausschreibung erfolgte in zwei Phasen. Die Ausschreibung der ersten Phase wird vermutlich im März erfolgen. Das Entscheidungsgremium muss zu zwei Terminen zusammen kommen.

Weiterhin berichtet Frau Hofmann aus den AGs nach § 78 SGB VIII.

Ebenfalls wurde in der Sitzung über den Sachstand der sogenannten „Einrichtungsfamilien“ und der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes informiert und diskutiert.

Frau Hofmann befürwortet die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Eltern mit geistiger Behinderung“ mit dem Arbeitsauftrag einen Konzeptionsentwurf zur Abstimmung von Behinderten- und Jugendhilfe zu erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe ist paritätisch aus Vertretern von zwei freien Trägern und den beiden öffentlichen Jugendhilfeträgern besetzt.

5.2. b) Fachausschuss Jugendförderung

Die nächste Sitzung des FA Jugendförderung findet am 03. Juni 2014 statt.

6. Sachstand Umsetzung Zielvereinbarung 2014

Die Unterlagen für diesen TOP liegen als Tischvorlage vor. Frau Warnat, Herr Happel, Frau Langbehn, Frau Manthey und Frau Hackemann erläutern zusätzlich einzelne Punkte, die in der Vorlage mit "neutralen Smileys" gekennzeichnet sind.

7. Mitteilungen aus der Verwaltung

a) Herr Happel berichtet über die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge:

Die Einreisezahlen sind seit Mitte letzten Jahres massiv angestiegen. Die Clearingstellen in Frankfurt und Gießen verzeichnen Steigerungen von über 50%. Inobhutnahme Plätze sind sämtlich belegt. Es mussten bereits Notlösungen gefunden werden.

Es werden dringend Plätze in geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen für die Anschlussversorgung im Rahmen der Hilfe zur Erziehung benötigt.

Dem Landkreis Gießen werden nach der vom RP Darmstadt errechneten Aufnahmequote bis Ende des Jahres zusätzlich noch etwa

15 junge Menschen zugewiesen werden. Bislang werden 30 Hilfen gewährt. Die jungen Menschen sind überwiegend in Jugendhilfeeinrichtungen im Stadtgebiet Gießen untergebracht.

Die Situation und der Bedarf an zusätzlichen Plätzen wurden bereits in der AG § 78 SGB VIII – HzE erörtert.

Es sei zu hoffen, in Kürze einen in diesem Bereich erfahrenen Träger zu finden, der eine oder zwei Wohngruppen im Landkreis betreiben könne.

Der Arbeitsbereich der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge soll in der nächsten JHA-Sitzung ausführlicher vorgestellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Detering bestätigt Herr Happel, dass derzeit noch keine Verhandlungen mit einem potentiellen Träger aufgenommen wurden. Herr Detering will die Thematik auf die Tagesordnung der Untergruppe „Heime“ der AG § 78 SGB VIII – HzE am 06. März 2014 setzen.

- b) Frau Langbehn berichtet über den derzeitigen Stand der **Vertragsrevisiön** anhand der vorliegenden Tischvorlage und erläutert den Aufbau der Tabelle.

Es wurde bisher mit allen Trägern, die einen gemeinsamen Vertrag mit Stadt und Landkreis Gießen haben ein Gespräch geführt.

Themen dieser Gespräche waren u.a.:

- vertraglich gewünschte Veränderungen von Seiten der Verwaltung
- Änderungsempfehlungen der Verwaltung für das spezielle Angebot
- Finanzierungsvorstellungen der Träger

Folgegespräche wurden bereits mit drei Trägern geführt bzw. sind in Planung.

Eine Übersicht der Ergebnisse dieser „Auswertungsgespräche“ ist in der Tischvorlage in den hinteren Spalten aufgelistet.

Herr Heydt fragt in diesem Zusammenhang nach den Vertragsentwürfen, diese seien ihm nicht bekannt. Frau Langbehn erklärt, dass in den Auswertungsgesprächen den Trägern sich abzeichnende allgemeine Änderungen der Verträge mitgeteilt und erläutert wurden und, die Musterverträge nach interner Abstimmung

beider Verwaltungen an die Träger versandt würden. Nach derzeitigem Kenntnisstand würde der Entwurf des Mustervertrages vom Rechtsamt des Landkreis Gießens geprüft. Herr Oßwald teilt diesbezüglich mit, dass der Mustervertrag bereits an die Liga versandt wurden.

Die Rahmenbedingungen für die Verträge werden am 26. Mai 2014 dem Kreistag vorgelegt. Zuvor soll die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses einberufen werden, die am 21. Mai 2014 in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung stattfinden wird.

Die für diesen Tag terminierte Sitzung des FA Jugendhilfeplanung und -entwicklung, muss auf einen neuen Termin vor dem 21. Mai 2014 verlegt werden.

c) Weiterhin berichtet Herr Happel über **Beurkundungen beim Kreisjugendamt Gießen:**

In 2013 wurden insgesamt 1.372 Urkunden aufgenommen, die höchste Anzahl der jemals beim Kreisjugendamt Gießen erfolgten Beurkundungen.

Gesetzliche Grundlagen der Beurkundungstätigkeit sind die §§ 59, 60 SGB VIII. Beurkundungen werden von den Mitarbeiter/innen des Arbeitsbereichs Beistandschaft durchgeführt.

Die Steigerung ist in sämtliche Regionen zu beobachten. Urkunden zur Regelung des Abstammungs- und Sorgerechts bilden den Schwerpunkt (86,15 %) der Beurkundungstätigkeit, solche zur Regelung der Unterhaltsansprüche (13,85 %) sind eher rückläufig.

Die starke Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Jugendamtes bewirke einen enormen Arbeitsanfall. Unter Berücksichtigung einer mittleren Bearbeitungszeit von 50 Minuten (in Anlehnung an die „Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbedarfsbemessung des Arbeitsbereichs Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg“) ergibt sich ein Bearbeitungszeitbedarf von ca. 1.150 Stunden jährlich.

Andererseits sei diese Inanspruchnahme nach seiner fachlichen Überzeugung sehr wünschenswert. Die Beurkundungsbefugnis des Jugendamtes diene der gesetzlich normierten Funktion, junge Menschen und deren Familien zu beraten und zu unterstützen. Die Beratungsarbeit gilt häufig als „Türöffner“ der Jugendhilfe für deren Angebote und Hilfsmöglichkeiten. Die betroffenen Bürger nutzen die große Fachkompetenz der Jugendamtsmitarbeiter/innen.

Die Wahrnehmung der Möglichkeit nicht miteinander verheirateter Eltern, das Sorgerecht für ihr Kind gemeinsam auszuüben ist nicht nur gesetzlicher Anspruch sondern auch gesellschaftspolitisch zu unterstützen. Die Beurkundung von Sorgeerklärungen vermeidet familiengerichtliche Auseinandersetzungen.

Herr Happel teilt zudem mit, dass in einer der kommenden Sitzungen der Arbeitsbereich „Beistandschaft“ vorgestellt werden soll.

d) Frau Warnat berichtet, dass die **Personalsituation** im FD Jugend insgesamt weiterhin erfreulich stabil sei. Sie berichtet darüber, dass ein Wechsel auf Teamleiterebene stattgefunden habe und somit alle Teamleiterpositionen besetzt seien.

Frau Warnat berichtet weiterhin, dass zur Jahresmitte eine 0,5 Stelle im Bereich des Pflegekinderdienstes frei wird und dass derzeit lediglich eine 0,5 Stelle im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes nicht besetzt sei. Auch könne man derzeit keine Langzeiterkrankungen beklagen.

Sie informiert, dass der Fachdienst Jugend derzeit mit 88 Fachkräften in 7 Teams, 8 Fachgruppen und 3 Standorten besetzt sei.

Um die Kommunikation in dieser großen Organisationseinheit zu fördern, sei im März 2014 eine Jugendamtsdienstversammlung geplant, die zukünftig jährlich stattfinden solle.

- e) Frau Hackemann berichtet Inhalte aus dem FD 53.
Bezüglich der Rahmenvereinbarung Integration sei zum Monatsende eine neue Verhandlungsrunde terminiert. In der Sitzung der AG Integration am 08. April 2014 erwarte man entsprechenden Sachstands-informationen.

Bei der Umsetzung des U3-Rechtsanspruchs sei es bisher unverändert nicht zu unlösbaren Anfragen und Problemen gekommen. Der örtliche Abgleich und Gesamtüberblick der Kommunen in Abstimmung mit den freien Trägern vor Ort müsse jedoch noch verbessert werden. In der Stadtverwaltung Hungen wird derzeit geprüft, ob in Zusammenarbeit mit ecom 21 eine preisgünstige und allgemein nutzbare IT-technische Unterstützung möglich ist. Auch der Informationsfluss von den Kommunen zur Fachberatung und -aufsicht der Landkreisverwaltung sei sehr unterschiedlich. Der offizielle Meldungstermin liege im Mai; wünschenswert für den Landkreis sei jedoch ein kontinuierlicher und nicht nur punktueller Informationsfluss.

Aufgrund des Stichtages zur Bemessung der Landesförderung anhand der tatsächlich am 01. März 2014 besetzten Plätze wurden bisher alle Anfragen bedient. Spannend wird es sein zu beobachten, inwieweit auch künftige Nachfragen und Platzbedarfe berücksichtigt werden.

Das Projekt zur Entwicklung von Familienzentren in den Städten und Gemeinden des Landkreises gehe gut voran. Die Unterstützung durch die Ev. FBS zeige sich in der Praxis sehr positiv. Von den ursprünglich 10 Einrichtungen sind noch 9 aktiv. Die bisher stattgefundenen Vernetzungstreffen zeigten eine gute Resonanz und waren geprägt von kreativen, individuellen Ideen und einem konstruktiven, offenen Austausch.

Der Bericht zum Ausbau der Sozialarbeit an Schulen ist bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02. Oktober letzten Jahres gegeben worden. Aktuell sei man in der Umsetzung; vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2014.

Zu der allgemeinen Personalsituation im Fachdienst führte Frau Hackemann aus, dass diese relativ stabil sei, d. h. abgesehen von den Ausfällen durch chronisch erkrankte MitarbeiterInnen sei trotz der hohen Arbeitsbelastung kein ungewöhnlicher Krankenstand zu verzeichnen. Die Antragszahlen, insbesondere im Team Inklusion,

steigen stetig bei gleichbleibender Personalausstattung. Eine Verstärkung um eine Mitarbeiterin mit 33,5 Wochenstunden habe es in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe nach einigen erneuten Monaten der Vakanz zum 01. Februar 2014 gegeben.

8. Termine

- Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses 21. Mai 2014
- Sitzung des Fachausschusses Jugendhilfeplanung wird noch bekannt gegeben.

9. Verschiedenes

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oßwald schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.



Dirk Oßwald
Ausschussvorsitzender



Nadine Netz
Schriftführerin